

Wahlen und Diskussionen bei der Kreisversammlung in Aschersleben



Foto: privat

Zu ihrer 12. Kreisversammlung waren alle Genossinnen und Genossen des Salzlandkreises am 18.10. in das Bestehornhaus nach Aschersleben eingeladen.

In seiner dortigen Rede ging der Kreisvorsitzende Dr. Lothar Boese zunächst auf die große Bedeutung der Basisarbeit ein und verlas dazu einen Brief des 87 Jahre alten Genossen Thüns aus Eickendorf, der aus Gesundheits- und Altersgründen nicht anwesend sein konnte und dies sehr bedauerte. Auch um die Senioren gilt es, sich zu kümmern, was die Zahl der erschienenen Anwesenden deutlich zeigte. Lobende Worte fand der Kreischef in diesem Zusammenhang für die Staßfurter Senioren-AG unter der Leitung von Franz Meier und für die durch „Chefredakteur“ Jörg Lemmert neu gestaltete „Linke Zeitung“ als Informations- und Kommunikationsorgan. Im weiteren Verlauf kam dann auch das vergangene Wahljahr zur Sprache, das mit einem durchaus positivem Fazit beendet werden konnte. So gab es in der Summe, alle Ebenen zusammen gerechnet, 230 Kandidaturen auf den Listen der LINKEN. Insgesamt wurden 126 Mandate errungen, das heißt, dass mehr als die Hälfte aller Kandidaturen erfolgreich waren. Als besondere LINKE-Hochburg erwies sich wieder die Region Staßfurt. Ebenso würdigte Dr. Lothar Boese die nur knapp verpasste Stichwahl unserer Landratskandidatin Sabine Dirlich und den Einzug von Bianca

Gruppenbild der gewählten Delegierten

Görke in den Magdeburger Landtag bzw. deren Eröffnung ihres Wahlkreisbüros in Staßfurt unter prominenter Beteiligung von Sarah Wagenknecht und Täve Schur. Vorausschauend gelte es nun, die in den nächsten Wochen und Monaten im SLK anstehenden Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen sorgfältig vorzubereiten. So in Aschersleben, Bernburg, Staßfurt, Nienburg und Plötzkau. Im Frühjahr 2016 steht dann eine Herausforderung für den gesamten Landesverband an: die eigene Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten und, wie es zur Zeit auch in Thüringen möglich scheint, der Anspruch auf die Führung einer Landesregierung. Im sich anschließenden Beitrag legte Kreisschatzmeisterin Petra Giest Rechenschaft über die aktuelle Finanzlage ab, bevor dann LINKEN-Landeschefin Birke Bull das Wort ergriff und über brennende aktuell-politische Ereignisse informierte. Besonders erhitzen sich die Gemüter der Mitglieder in der sich anschließenden Diskussion zu einem „Eilantrag“ an den 4. Landesparteitag (2. Tagung) am 25. Oktober in Quedlinburg mit dem Titel: „Wer Zukunft will, muss sich der Vergangenheit stellen“. Hier war sich die Mehrheit der anwesenden Mitglieder einig, dass man die DDR nicht pauschal als „Unrechtsstaat“ bezeichnen darf. In jedem Staat gibt es Unrecht und auch heute sind wir in der Bundesrepublik mit Hartz IV und

Inhalt:

Seite 1

Wahlen und Diskussionen bei der Kreisversammlung in Aschersleben

Seite 2

Die terroristische Söldnerarmee Islamischer Staat, Maßnahmen dagegen und die Haltung der LINKEN

Seite 3

Wer Zukunft will, muss sich der Vergangenheit stellen – zum Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag

Staßfurter Politstammtisch diskutiert über 25 Jahre Kapitalismus

Seite 4

LINKE fordert Historikerkommission für das Bundeskanzleramt

Seite 5

Neues aus dem Kreistag

Überblick über Mitgliederentwicklung und die Finanzentwicklung im Salzlandkreis

LINKE Aschersleben wieder auf dem Holzmarkt

Seite 6

Trotz Scheitern keine Niederlage – Zur Bürgermeisterwahl in Nienburg

Bernburger Stadtratsfraktion unterwegs in den Ortsteilen

Seite 7

LINKE sammelt im Salzlandkreis Unterschriften gegen Freihandelsabkommen

Zur Mitgliederversammlung der LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt

BO-Versammlung in Bernburg-Talstadt

Waffenexporten, um nur einige Beispiele zu nennen, ständig von Unrecht umgeben. Als Delegierte für den Landesparteitag 2015/16 wurden im Anschluss folgende 12 Genossinnen und Genossen gewählt: Birke Bull, Bianca Görke, Christa Beier, Sabine Dirlich, Petra Giest, Elke Reinke, Klaus-Dieter Magenheimer, Ralf-Peter Schmidt, Alexander Behm, Manfred Böhlke, Dario Wolf und Tobias Pochanke.

*Siegfried Mahlfeld,
Mitglied im Kreisvorstand*

Die terroristische Söldnerarmee Islamischer Staat, Maßnahmen dagegen und die Haltung der LINKEN

Zunächst gilt es genau zu analysieren, wie es zu solchen terroristischen Strukturen kommt, wer sie wie finanziell, mit Waffen und aus welchen Gründen unterstützt und warum dagegen auch von den westlichen Staaten nichts oder viel zu wenig unternommen wird. Dabei stellt sich zusätzlich heraus, dass viele westliche Regierungen längst Informationen hatten, ohne aktiv zu werden. Generell wird Präventivtätigkeit völlig unterschätzt. Weder im Irak wurde Druck ausgeübt, damit Schiitinnen und Schiiten, Sunnitinnen und Sunniten, Kurdinnen und Kurden, Yeziden und andere miteinander in einen Dialog treten noch wurde gegenüber Syrien ein Dialog befördert, was auch Gespräche mit Assad statt den Abbruch jeglicher Beziehungen zu ihm vorausgesetzt hätte. Diktatoren wie Assad gibt es noch sehr viele auf der Erde und man kann sie nicht völlig unterschiedlich behandeln und negieren.

Ein Aufschrei erfolgt in westlichen Staaten immer erst dann, wenn gemordet und getötet wird. Zu dieser Zeit gibt es dann nur noch Rufe nach Waffen und Militär. Was vorher alles versäumt wurde, wird nicht einmal analysiert.

Außerdem verfolgen die Regierungen westlicher Staaten bei jedem Militäreinsatz auch egoistische ökonomische Interessen. Es ist die Aufgaben der LINKEN, dies zu analysieren und immer wieder öffentlich zu machen.

DIE LINKE muss auch kritisieren, dass in der Politik und in den Medien eine sehr selektive Wahrnehmung von Menschenrechtsverletzungen stattfindet. Mal sieht man nur Bilder aus Libyen, die dann völlig verschwinden. Dann sieht man Bilder aus Syrien, die ebenso verschwinden. Das Gleiche gilt für den Sudan. Ähnlich ist die Situation hinsichtlich der entsetzlichen Morde und Entführungen durch die islamistische Terrorarmee Boko Haram in Nigeria. Im Augenblick fokussiert sich alles auf den Nordirak und einen Teil Syriens. Die Bilder sollen und müssen wir sehen. Aber warum werden uns die anderen Bilder nicht mehr gezeigt? Dort wird weiter getötet und gemordet.

Schärfster Druck muss auf die Türkei ausgeübt werden. Die türkische Regierung will vor allem Assad stürzen und die Kurdinnen und Kurden bekämpfen und nutzt dafür sogar die terroristische Söldnerarmee Islamischer Staat. Deren potentielle Kämpfer wurden unbehelligt durchgelassen, das gilt auch für Waffen und viele andere Momente. Die Flüchtlinge und Hilfst Transporte wurden regelmäßig behindert. In der Stadt Kobane kämpfen Kurdinnen und Kurden aus Syrien, die der PKK nahe stehen, gegen den Islamischen Staat. Sie



Erklärung von Gregor Gysi

Foto: linksfraktion.de

können mit keiner Hilfe der türkischen Regierung rechnen, da diese wünscht, dass diese Truppe der PKK zerschlagen wird. Die Türkei ist ein Bündnispartner der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten. Es wird nicht der geringste Druck auf die türkische Regierung ausgeübt, dieses menschenrechtswidrige, extrem inhumane Verhalten aufzugeben. In Deutschland haben sich für eine Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und in anderen Ländern regelmäßig nur die Grünen und die LINKEN eingesetzt. Die anderen Parteien haben diese Frage schwer vernachlässigt und sind überhaupt nicht in der Lage, diesbezüglich glaubwürdig aufzutreten. Endlich ist der Islamische Staat in Deutschland verboten worden. Es muss aber noch das Verbot der PKK unverzüglich aufgehoben werden, weil sie Ausdruck der Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei war und ist, weil sie es ist, die die Zivilistinnen und Zivilisten, Yeziden und Christinnen und Christen im Nordirak und in Syrien schützt.

DIE LINKE muss strikt dafür kämpfen, das Völkerrecht wieder einzuhalten. Die Koalition der Willigen der USA bedeutet die Fortsetzung der alten Politik dieses Landes. Sie erklären sich zum Weltpolizisten und entscheiden alles, konsequent am Völkerrecht vorbei. Die Regierung der USA ist nicht einmal bereit, die Regierung Syriens zu fragen, ob sie in diesem Land die Terrorarmee Islamischer Staat bombardieren darf. Das ist aber eine Mindestvoraussetzung des Völkerrechts, auch dann, wenn einem der Staatspräsident nicht

passt. DIE LINKE ist und bleibt die Partei des Völkerrechts. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen alle notwendigen Maßnahmen gegen den Islamischen Staat zu entscheiden hat. Das Missverhältnis zwischen den USA und Russland besteht nur im Umgang mit der syrischen Regierung. Daran darf das Völkerrecht nicht scheitern. Unbedingt müssen sämtliche Geldquellen des Islamischen Staates ausgetrocknet und sämtliche Waffenlieferungen

und andere Formen der Unterstützung unterbunden werden.

Das Programm der LINKEN schließt zu Recht unsere Zustimmung zur Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen aus. Das gilt für die Beteiligung Deutschlands. Deutschland darf sich in diesem Falle ohnehin aus einem historischen Grund nicht beteiligen. Wir dürfen niemals Bestandteil eines Nahost-Konflikts werden. Deshalb wird es auch höchste Zeit, die Raketen aus der Türkei an der Grenze Syriens, die mit deutschen Soldaten stationiert sind, zurückzuziehen. Wir sind auch gegen die Weltpolizistenrolle der USA. Und ich sage klipp und klar, dass höchste Organ der Menschheit ist der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen. Ihm allein und keinem Staat obliegt das internationale Gewaltmonopol. Es gibt fünf privilegierte Staaten, gegen deren Willen keine einzige Entscheidung im Sicherheitsrat getroffen werden darf. Wer so privilegiert ist, hat auch besondere Pflichten. Und deshalb meine ich, dass nur ein militärisch gemeinsames Vorgehen von den USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich auf der Grundlage eines Beschlusses des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen zu akzeptieren wäre. Nur dann, wenn alle fünf gemeinsam handeln müssen, ist es – im Unterschied zum Krieg gegen Libyen – sehr viel schwerer, nationale ökonomische und andere Eigeninteressen durchzusetzen. Die fünf Privilegierten müssen erkennen, dass sie auch eine besondere Verantwortung tragen. Deutschland ist keine Weltmacht und sollte sich so auch nicht aufspielen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass Deutschland deutlich Druck auf die Türkei ausübt, umfassende humanitäre Hilfe leistet und keineswegs militärisch einer größeren internationalen Verantwortung nachkommt. Das Militär müssen wir im Gegenteil zurückfahren. Die Bundeswehr muss ihre Aufgabe auf die Landesverteidigung und gegebenenfalls die Bündnisverteidigung reduzieren. Es muss aufhören, die NATO zu einem internationalen Interventionsbündnis und die Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee zu machen.

Dr. Gregor Gysi,
Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag

Wer Zukunft will, muss sich der Vergangenheit stellen – zum Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag

Wohl jeder von uns kennt Gespräche, die nach dem folgenden Muster laufen: „Ich bin ja kein Rassist, ABER...“ und hinter diesem „aber“ folgen Aussagen, die vor Rassismus nur so strotzen. Daran muss ich denken, wenn ich höre: „In der DDR gab es politisches Unrecht, ABER...“ und dann folgen wahlweise Aussagen der Kategorie: „vieles war auch gut“, oder „heute liegt genauso viel im Argen“. Ich wünsche uns die Souveränität, hinter dem 1. Halbsatz einen Punkt zu machen und ihn als Tatsache stehen lassen zu können und die Nachsätze, die ja wahr sind, zu einem anderen Zeitpunkt oder in anderen Absätzen zu verwenden. Das eine kann das andere nicht rechtfertigen und sollte deshalb auch nicht verknüpft werden. Alles andere sieht nach Verharmlosung oder Relativierung aus und das schürt nicht nur bei mir Angst, dass wir in Verantwortung Fehler wiederholen, z.B. den, dass der Zweck die Mittel heiligt.

Unrechtsstaat ist ein Wort, mit dem der politische Gegner die DDR abwerten will. Wohl wahr! Aber WIR haben mit der damaligen Verantwortung dafür gesorgt, dass er es KANN. Wir sträuben uns gegen das Wort, als würde unsere Schuld dadurch kleiner. Aber es bleibt dabei: Hun-

derte Menschen wurden im Namen des Landes an der Grenze getötet, bei Bedarf wurden Biografien zerstört, und Menschen, die aufbegehrt wurden politisch verfolgt und liefen Gefahr, im Gefängnis zu landen. Es gab ein Klima, das dafür sorgte, dass unbedingt nötiger Widerspruch unterblieb, bis im Wendeherbst Hunderttausende auf die Straße gingen. Die ersten von ihnen gingen ein unglaublich hohes Risiko ein. Sie wurden zugeführt, misshandelt und wussten nicht, wie die Sache für sie ausgeht. So etwas tut man nicht für Bananen, echte Jeans oder schnelle Autos, sondern, weil man die Enge im Kopf und in den Verhältnissen nicht mehr aushält. Man wollte angstfrei sagen können was man denkt, wollte tun, was man muss und sich nicht mehr vorschreiben lassen, welche Bücher man lesen, welche Filme man sehen, oder von welchen Ländern man sich ein Bild machen darf. Wenn man diese Menschen früher ermuntert hätte, sich einzumischen, ihnen zugehört und mit ihnen um die besten Wege gerungen hätte, hätte man 1. gesehen, dass das gar keine „feindlichen Elemente“ waren und wäre 2. das Land ein besseres geworden.

Ich wünsche mir, dass wir die gleiche Ve-

hemenz, mit der wir Missstände in der heutigen Gesellschaft völlig zu Recht beim Namen nennen, auch an den Tag legen, wenn es um die Vergangenheit geht. Ich wünsche uns Klarheit in diesen Dingen und habe die Eiertänze um das Wort Unrechtsstaat satt. Gerade, wenn der Gebrauch dieses Wortes so klar definiert ist, wie in den Thüringer Sondierungsgesprächen.

Ich weiß sehr wohl, dass ein eindeutiges und ehrliches Bekenntnis zu einem Wort nicht dazu führen wird, dass uns jemand aus den Opferverbänden glaubt, schon gar nicht, dass er oder sie uns verzeiht und auch nicht dazu, dass die vergeigte Vergangenheit nicht mehr gegen uns instrumentalisiert wird. Aber die Debatten um Thüringen haben gezeigt, dass wir es für uns brauchen. Und ich bin froh, dass in Sachsen-Anhalt wir selbst es sind, die uns in dieser Frage treiben, bevor wir zu Getriebenen werden. Ich finde großartig und es beruhigt mich, dass der Dringlichkeitsantrag auf dem Landesparteitag zu diesem Thema eine ausgesprochen große Mehrheit fand.

*Jana Lankau,
Mitglied im Ortsvorstand DIE LINKE
Bernburg*

Politstammtisch zu 25 Jahren politischen Wirkens unter kapitalistischen Bedingungen

Die persönlichen Erfahrungen der anwesenden Stammtischgäste standen im Mittelpunkt einer angeregten und überaus sachlichen Diskussion.

So schilderten sie, wie sich in diesen 25 Jahren vielfach bisher verfolgte Lebenswege abprubt veränderten. Vieles was vorher galt, war im Sinne der öffentlichen Meinung nicht mehr gefragt. Mit massiver Unterstützung von Ratgebern aus dem Westen, wurde uns die Welt erklärt. Mancher stand vor einem Scherbenhaufen seiner persönlichen Entwicklung und ein Neuanfang schien häufig wenig aussichtsreich.

Beklagt wurde, dass uns blind Dinge übergestülpt wurden, ohne die Chancen nutzen zu können, es unter den gegebenen Bedingungen besser bzw. auch anders zu machen. In Staßfurt erlebten wir, wie die Treuhand im Auftrage der Konkurrenz die umfangreichen Produktionskapazitäten zerstörte und damit eine hohe Arbeitslosigkeit vor allem unter den Frauen erzeugte.

Junge Menschen ohne berufliche Chancen, vielfach auch Familien wanderten ab und so ging uns auch Nachwuchs für unsere Partei verloren.

Die Diskutierenden bestritten nicht, dass sich in den 25 Jahren politischen Wirkens

unter kapitalistischen Bedingungen natürlich auch vielfältige Chancen ergeben haben, die neuen Möglichkeiten in einem demokratischen Staat zu nutzen. Das erlebten und erleben sie bei ihrem Wirken in den kommunalen Vertretungen, in Vereinen und Verbänden. Was sie jedoch am meisten verärgert, sind die immer geringer werdenden kommunalpolitischen Spielräume in einer Gesellschaft, die durch das Geld regiert wird. Auf der einen Seite gibt es vorhandenes Vermögen ohne eigene Anstrengungen und auf der anderen Seite zunehmende Armut.

Natürlich erleben die Stammtischgäste veränderte Möglichkeiten in der Partei, einen offenen Meinungsaustausch durchzuführen. Ein gegenseitiges Zuhören, ein Akzeptieren einer anderen Meinung beleben vielerorts die Debatten. Niemand hat mehr das Recht auf die absolute Wahrheit. Das muss eine Partei auch aushalten können. Dazu gehörten während des Stammtisches auch gerade die begonnene Debatte zum Unrechtsstaat DDR. Solch ein diffamierender Kampfbegriff wurde entschieden abgelehnt. Leider hat es in der DDR Unrecht gegeben, das haben wir in umfangreichen Debatten auch ausführlich behandelt und uns mehrfach bei den Opfern entschuldigt. Wir müssen uns jedoch

dagegen wehren, als die alleinigen Schuldigen für die Vergangenheit, von unseren Gegnern darstellen zu lassen. Ihre Geschichtsaufarbeitung und Verantwortungsübernahme ist kaum zu spüren. Für Partnerschaften, wie in Thüringen, mit denen man in diesem Deutschland die politischen Machtverhältnisse verändern kann, muss man im Interesse höherer bevorstehender möglicher Ziele auch Kompromisse eingehen können. Man darf sich jedoch nicht der Sache wegen erpressen lassen. Und schon gar nicht von völlig abseits Stehenden in die Schmutzedecke drängen lassen.

In diesem konkreten Fall ist es aber auch eine ganz allein von den Thüringern zu vollziehende Entscheidung.

Alle waren sich einig – auch in der so gepriesenen Demokratie Deutschland wird vielfach Unrecht begangen. Frauen werden benachteiligt, Andersdenkende ausgestoßen, Kinder und Alte in Armut gestürzt, der Zugang zur Medizin ist nicht für alle gleich.

Wir begehen ständig Unrecht dadurch, dass wir unseren Wohlstand auf Kosten anderer Länder aufbauen und darum auch noch Kriege führen.

*Klaus Magenheimer,
Ortsvorsitzender in Staßfurt*

LINKE fordert Historikerkommission für das Bundeskanzleramt



Foto: jankorte.de

Blick auf das Bundeskanzleramt

Die „zweite Schuld“, also die Art und Weise der quasi übergangslosen Integration weiter Teile der NS-Eliten in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft, lässt sich beispielhaft am Auswärtigen Amt nachvollziehen. Nachdem mit der offiziellen Wiedererrichtung des Amtes auch das Ausmaß personeller und organisatorischer Kontinuität teilweise öffentlich wurde, kam es zu heftiger Kritik in in- und ausländischen Zeitungen. Der daraufhin auf Antrag der SPD im Oktober 1951 eingesetzte Untersuchungsausschuss stellte fest:

„Es wurden einige Personen beschäftigt, deren Verwendung das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen konnte.“

Eine überaus moderate Feststellung angesichts von rund 34 Prozent NSDAP-Mitgliedern im höheren Dienst des AA. Verständlich, dass daraufhin auch die Konsequenzen extrem moderat ausfielen, wie der Historiker Hans-Jürgen Döscher betont:

„Dann hat man also diese Diplomaten, [...] die inkriminiert waren, nicht mehr allseitig einsetzen können, sondern hat sie dann vorrangig in den arabischen Hauptstädten oder in Südafrika oder in der Zentrale eingesetzt.“

Als bald darauf im Oktober 1952 im Bundestag über den Bericht des Ausschusses debattiert wurde, gab Bundeskanzler Adenauer zu, dass die leitenden Stellen des Auswärtigen Amtes sogar zu zwei Dritteln mit „Ehemaligen“ und Parteigenossen besetzt waren. Dies sei nötig gewesen, da man eben erfahrene Fachleute gebraucht habe. Den größten Beifall seitens der Regierungsparteien bekam er jedoch, als er zur SPD-Fraktion gewandt sagte:

„Ich meine, wir sollten jetzt mit der Nazirieferei mal Schluss machen. Denn verlassen Sie sich darauf: Wenn wir damit

anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört.“ Letzteres konnte sich der Altkanzler aber zweifellos vorstellen. Denn mit Hans Globke, dem Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, hatte Adenauer geradezu das Paradebeispiel für die personelle Kontinuität der Verwaltungseliten zwischen dem „Dritten Reich“ und der frühen Bundesrepublik Deutschland zu seiner rechten Hand gemacht. Globke, der von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes war, spielte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle als „graue Eminenz“ und Strippenzieher. Nicht zuletzt seine Netzwerkarbeit durfte durch „Nazirieferei“ nicht in Gefahr geraten. Das Adenauer'sche Dekret wirkte und es wirkt bis heute nach. Allein 26 Minister, ein Bundespräsident und ein Bundeskanzler der Bundesrepublik waren in NS-Organisationen und Mitglied der NSDAP. Tausende Gestapo-Leute, SD und SS-Männer konnten bei BND, BKA oder Bundesamt für Verfassungsschutz als Experten unterkommen. Das System Globke mit seinen „Gestapo Boys“, wie die britische Presse damals den BND betitelte, beherrschte den ganzen Sicherheitsapparat. In der Justiz und allen anderen Ministerien und Behörden sah es nicht anders aus. So sprachen z.B. etwa 80 Prozent der Richter und Staatsanwälte, die bis zum 8. Mai 1945 dem Terrorregime Hitlers zu Diensten standen, bald wieder „Recht“.

Und so ist auch 69 Jahre nach dem Ende des NS-Faschismus in Deutschland die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Behörden der Bundesrepublik nicht abgeschlossen. Erst in den letzten Jahren hat es, aufgrund öffentlichen Drucks, eine breitere Initiative zur Aufarbeitung der NS-Bezüge in einer Reihe von Ministerien und Behörden des Bundes gegeben, die zum Teil spektakuläre Ergebnisse zu Tage gefördert haben.

So wurde z.B. kürzlich durch die Historikerkommission des BND bekannt, dass sich bereits 1950 eine Geheimarmee ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS und der Wehrmacht im Umfeld des BND gründete, von der auch das Kanzleramt frühzeitig Kenntnis gehabt hat. Da man auch in anderen Zusammenhängen der Geschichtsaufarbeitung, so z.B. bei der Beschäftigung hochrangiger NS-Täter durch den BND, immer wieder auf die Frage stößt, in wie weit das Bundeskanzleramt von den einzelnen Vorgängen Kenntnis hatte, bzw. diese veranlasste, stellt sich die Frage, wieso es bislang für die Regierungszentrale keine Aufarbeitung seiner historischen Rolle gibt. Die Bewertung personeller Kontinuitäten in einzelnen Ministerien oder Institutionen, das Wissen um die Einbindung von Personen, die an NS-Verbrechen beteiligt waren, bei BND, BKA oder Verfassungsschutz, der Umgang mit der Suche nach NS-Verbrechern – all das spiegelt sich nicht zuletzt in den Akten des Bundeskanzleramtes wider. Wenn man also eine vollständige Aufarbeitung der personellen und inhaltlichen Verbindungslinien bundesdeutscher Regierungspolitik nach 1949 will, dann kommt man um eine Aufarbeitung der Rolle der exekutiven Schaltzentrale nicht herum.

DIE LINKE im Bundestag fordert daher in einem Antrag die Einsetzung einer unabhängigen Historikerkommission zur Untersuchung der Rolle des Bundeskanzleramtes bei der personellen und inhaltlichen Aufarbeitung der NS-Geschichte. Außerdem brauchen wir endlich überall eine Öffnung der Akten nach dem Muster der Stasi-Unterlagen-Behörde. Wenn alle staatlichen Behörden ihre alten Akten ins Archiv geben kann sich dort jede Bürgerin und jeder Bürger selbst ein Bild machen über das Regierungshandeln machen. Man darf gespannt sein mit welchen Argumenten die Koalition diesen Antrag für unnötig erklären und ihn ablehnen wird.

Jan Korte,
stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE

Neues aus dem Kreistag

Am 15. Oktober 2014 tagte der vierte Kreistag des Salzlandkreises im großen Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes am Karlsplatz 3. Die Kreistagsmitglieder waren mehrheitlich anwesend und auch die Besuchertribüne war verhältnismäßig gut besucht. Nach formellen Angelegenheiten, wie die Verpflichtung ehrenamtlicher Kreistagsmitglieder auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten, ging es um die Überarbeitung der Hauptsatzung des Salzlandkreises. Konnte der Landrat in der vergangenen Legislaturperiode noch für über- und außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von bis zu 125.000 EUR, ohne einen Beschluss des Kreistags, seine Zustimmung geben, so wurde diese Summe auf 100.000 EUR korrigiert. Nach § 8 (Abs. 3) ist nun die Zustimmung des Kreistags für Aufwendungen über 100.000 EUR und bis zu 800.000 EUR erforderlich. Des Weiteren wurde auf Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG der Schul- und Kulturausschuss, um den Bereich des Sportes ergänzt. Damit befasst sich der dritte beratende Ausschuss als „Schul-, Kultur- und Sportausschuss“ nun auch um die sportliche Angelegenheiten. Des Weiteren kam es zur Vergrößerung der Ausschüsse. Jeder beratende Ausschuss setzt sich ab sofort aus 12 Kreistagsmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern zusammen, so dass sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG über zusätzliche Sitze freuen kann. Weniger Freude löste dagegen die geplante Veränderung der öffentlichen Bekanntma-



Foto: privat

chungen aus. Aus Kostengründen werden ab sofort nur noch Zeit und Ort der Kreistags- und Ausschusssitzungen im Wochenspiegel sowie im Generalanzeiger Schönebeck und Staßfurt angegeben. Die Veröffentlichung der Tagesordnung erfolgt nur noch im Amtsblatt für den Salzlandkreis und im Internet. Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG wenigstens noch in Stichworten die Beratungsschwerpunkte in den Zeitungen anzugeben, wurde abgelehnt. Ob damit eine ausreichende Erstinformation der Bürge-

rinnen und Bürger gegeben ist, bleibt abzuwarten. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG wird, soweit es terminlich möglich ist, fortan in der DLZ über die geplanten Beratungsschwerpunkte des Kreistages berichten und so auch weiterhin ihren Beitrag zu mehr Transparenz leisten.

*Henriette Krebs,
Fraktionsassistentin der Fraktion
DIE LINKE/UWG im Kreistag
des Salzlandkreises*

Überblick über Mitgliederentwicklung und die Finanzentwicklung im Salzlandkreis

Das Jahr 2014 begannen wir im Januar mit 424 Mitgliedern, 189 weibliche und 235 männliche.

Mit Stand vom 15.10.2014 sind in den Regionen: 80 Mitglieder in Aschersleben, 132 Mitglieder in Bernburg, 94 Mitglieder in Schönebeck und 106 Mitglieder in Staßfurt, organisiert.

Daraus ergibt sich eine Mitgliederzahl von 412, denn 13 sind ausgetreten, 11 verstorben, doch wir hatten bisher auch 12 Neueintritte.

Auf Grund unserer Mitgliederzahlen zu Beginn des Jahres wurde eine Zuführungssumme von 49.608,00 Euro vorgegeben, das entspricht 9,75 Euro je Mitglied und Monat. Diese Zuführungsvorgabe wird ausschließlich über Mitgliedsbeiträge finanziert.

Nach den bisherigen Geldeingängen haben wir einen Erfüllungsstand von 91,02 % im Salzlandkreis.

In den Regionen liegen die Zuführungssummen in Aschersleben bei 97,66 %, in Bernburg bei 107,93 %, in Schönebeck bei 101,11 % und in Staßfurt bei 57,80 %.

Mit den eingegangenen Spenden konnten wir 76,28% der Plansumme erreichen und bei den Mandatsträgerbeiträgen leider nur 60,08%.

Auch in diesem Jahr hatten wir Beitragsschuldner von denen wir uns trennen mussten, dazu muss es meiner Ansicht gar nicht erst kommen, denn der Mindestbeitrag von 1,50 Euro im Monat, ist ja nun wirklich nicht hoch angesetzt.

Außerdem kann man sich an mich oder/und an die Landesgeschäftsstelle wenden, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

Hier müssen auch die Zuständigen in den jeweiligen Regionen tätig werden.

Wir haben ein erfolgreiches Wahljahr hinter uns gebracht. Ich gratuliere allen Gewählten und möchte mich gleichzeitig bei

allen tatkräftigen Unterstützern bedanken.

In den Regionen wurden die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel in unterschiedlicher Höhe eingesetzt, da auch darauf geachtet wurde, durch persönliches Auftreten zu punkten.

Um den Kommunalwahlfond wieder zu füllen möchte ich die Mandatsträger daran erinnern, ihre Erklärungen über die Höhe ihres Beitrages doch in den nächsten Tagen einzureichen.

Das Jahr 2014 ist fast vorbei, die Planung 2015 steht bevor, ich wünsche mir realistische Finanzanträge aus den Regionen, in denen nicht nur eine Beitragsehrlichkeit der Mitglieder, sondern auch die Ausgaben und Einnahmen, sprich Spenden, zur Finanzierung der geplanten Aktivitäten und auch zum Erhalt unserer kostenlosen Linken Zeitung, einfließen müssen.

Petra Giest, Kreisschatzmeisterin

Trotz Scheitern keine Niederlage – Zur Bürgermeisterwahl in Nienburg

Am 19. Oktober wurden die Bürger der Einheitsgemeinde Nienburg zur Wahl eines neuen Stadtoberhauptes an die Wahlurnen gerufen. Mandy Tkotz kandidierte für die Partei „Die Linke“ für dieses Amt. Weiterhin wurden durch den Wahlausschuss alle anderen vier Kandidaten für die Wahl zugelassen. In der öffentlichen Vorstellungsrunde der Bürgermeisterkandidaten, die am 25.09.2014 im Foyer des Seniorenwohnheimes stattfand, hatte jeder Bewerber die Möglichkeit, neben der eigentlichen Vorstellungsrunde auf Fragen der Bürger zu antworten und die angestrebten Ziele als Bürgermeister zu definieren. Es war eine gut besuchte Veranstaltung. Neben Stadträten, zahlreichen Vereinsvertretern, Unternehmern und Angehörigen der Kandidaten nahmen auch einige interessierte Bürger an der Veranstaltung teil. Die Fragen, die an die Bewerber gerichtet waren, zielten meist auf die Erhaltung historischer Bauten Nienburgs sowie der kulturellen und touristischen Nutzung unserer Einheitsgemeinde ab. Fragen zu Schwerpunktthemen wie die derzeitige Haushaltslage unserer Stadt bzw. Möglichkeiten der Konsolidierung des Etats, wurden leider nicht gestellt.

Die Zeit des Wahlkampfes war sehr interessant und verging wie im Flug. Mit dem Ortsverband hatten wir uns verständigt, dass wir diesmal den Wahlkampf nicht mit Plakaten bestreiten, sondern wir die Bürger moderner, in Form von Bannern, auf die Bürgermeisterkandidatin der „Linken“ aufmerksam machen wollten. Die Resonanz auf die Banner war sehr positiv. Von vielen Bürgern wurde berichtet, dass „es mal etwas anderes sei und gut ankäme“. Umso größer war bei mir natürlich auch die Freude auf den Wahlkampf. An dieser Stelle möchte ich mich beim Ortsverband Nienburg vorab für



Foto: privat

Wahlkampf in Nienburg

die tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung und der Anbringung der Banner bedanken. Im Flyer, den wir ca. eine Woche vor der Wahl in der Einheitsgemeinde verteilten, habe ich den Bürger meinen Weg in die Kommunalpolitik, meine Sichtweise und meine Ziele als Bürgermeisterin verdeutlicht. Friedrich Thiemann, fleißiger Helfer beim Verteilen der Flyer, brachte es in einem Gespräch treffend auf dem Punkt, was für mich den Wahlkampf lebendig machte „Wahlkampf ist Beinarbeit!“ Ich fand es sehr interessant beim Verteilen der Flyer mit Bürgern ins Gespräch zu kommen und erfuhr eine recht offene und positive Resonanz. Am 10.10.2014 bekam ich Wahlkampfunterstützung von Birke Bull und Jörg Lemmert. Unseren Infostand konnten wir zwar nicht wie geplant durchführen, da uns keine Standerlaubnis auf dem Gelände eines Nienburger Einkaufszentrums gegeben wurde, dennoch schafften wir es gemeinsam, einige Bürger für die Wahl zu interessieren und zu motivieren, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben. Ein ganz großes „Danke“ somit an alle Beteiligten, die den Wahlkampf für mich mitorganisierten und tatkräftig bei der Verteilung der Flyer halfen. Insgesamt war der Wahlkampf aller Kandidaten von Fairness und gegenseitigem Respekt geprägt, was in Gesprächen mit Bürgern als

sehr positiv angesehen wurde. Nach der Stimmenabgabe, verbrachte ich den Wahlsonntag mit meiner Familie mit einem langen Herbstspaziergang, um das Warten auf die Wahlergebnisse zu verkürzen. Nachdem die Wahllokale 18.00 Uhr geschlossen wurden, zeigte sich kurz darauf eine Tendenz, die nicht meiner Zielstellung entsprach. Im Sitzungssaal des Rathauses erfolgte ich die Auszählung der letzten Wahllokale. Gegen 19.00 Uhr stand das vorläufige Endergebnis der Wahl fest. Den Einzug in die Stichwahl haben Frau Falke, (Einzelbewerberin / Kämmerin der Stadt) und Herr Gerstner (SPD Kandidat) geschafft. Mit 221 Stimmen erhielt ich die wenigsten Wählerstimmen und belegte somit den letzten Platz. Mein gesetztes Ziel, den Einzug in die Stichwahl zu erreichen, wurde weit verfehlt. Die Enttäuschung darüber war natürlich groß. Für mich war es ein Wahlkampf voller Ehrgeiz und Herzblut und so begann ich sofort den Wahlkampf zu analysieren und Ursachen für das Scheitern zu suchen. Im Vergleich zur Stadtratswahl waren die Stimmen in dieser Wahl unverständlicherweise zu gering. Noch am Abend wandte ich mich an meine Freunde und Unterstützer und bedankte mich bei ihnen für Ihr Vertrauen. Trotz des Scheiterns im Wahlgang habe ich sehr viele Erfahrungen sammeln können, die ich gern in meiner Tätigkeit als Stadträtin weiter einbringen werde. Daher ist es keine Niederlage, sondern ein wichtiger Bestandteil kommunalpolitischer Erfahrung für mich.

Die Stichwahl zwischen den Kandidaten Falke und Gerstner findet am 02.11.2014 statt. Eine Wahlunterstützung wurde von „Der Linken“ keinem Bewerber gegeben.

Mandy Tkotz,

Bürgermeisterkandidatin DIE LINKE Nienburg

Bernburger Stadtratsfraktion unterwegs in den Ortsteilen der Saalestadt

Am 6. Oktober startete die neue Fraktion im Bernburger Stadtrat die Besuche in den Ortsteilen der Stadt. Ziel dieser Termine vor Ort soll es sein, sich aktuell einen Überblick über die Probleme in den Ortsteilen zu verschaffen, und mit entsprechenden Initiativen im Stadtrat darauf zu reagieren. Die ersten beiden Stationen dieser vor Ort-Besuche waren die Ortsteile Biendorf und Baalberge. Dort starteten wir mit je einem Infostand, um ins Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu kommen und mehr darüber zu erfahren, was ihnen unter den Nägeln brennt. Darüber hinaus wollten wir mit einem kleinen Fragebogen in Erfahrung bringen, wie sich die Bürger in der neuen, größeren Stadt Bernburg aufgehoben fühlen und wie sie sich eine bürgerfreundlichere Verwaltung vorstellen könnten. Ein weiterer Schwerpunkt in den Gesprächen war die geplante Erweiterung des Windparks am Trappenberg. Auch hier war es unser Anliegen, Pro und Kontra zu den Erweiterungsplänen in Erfahrung zu bringen. Besonders in Baalberge nahmen doch etliche Bürgerinnen und Bürger unser Gesprächsangebot am Standort vor dem „nahkauf“ wahr. Leider war der Stand in Bien-



Foto: privat

Mitglieder der Stadtratsfraktion am Infostand in Biendorf

dorf nicht ganz so gut besucht, was wohl auch zum Teil am schwierigeren Standort dort gelegen haben dürfte. Die Standortwahl müssen wir beim nächsten Mal sicher noch besser durchführen.

Schon im Vorfeld dieser Termine war auch ein Gespräch mit den Verantwortlichen des Investors am Trappenberg, der Agrargenossenschaft Baalberge geplant. Dazu trafen sich dann im Anschluss an die Infostände Vertreter

der Stadtratsfraktion mit dem Geschäftsführer und dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Agrargenossenschaft zu einem fast zweistündigen Informationsgespräch. Zum einen erhielten wir Informationen zum konkreten Vorhaben der Erweiterung zum anderen auch zum aktuellen Stand des Genehmigungsverfahrens. Insbesondere zu den technischen Details und auch der aktuellen Fördersituation gab es dann auch noch einige Nachfragen. Darüber hinaus wurden im weiteren Gespräch auch noch weitere Fragen und Probleme der Ortsteile erörtert.

Insgesamt kann man feststellen, dass der Start unserer vor Ort-Besuche sehr informativ für die Fraktion war. Sicher hätten wir uns gewünscht mit noch mehr Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zukommen, aber für den Start sind wir durchaus zufrieden. Weitere Termine vor Ort werden noch in diesem Jahr folgen und auch ab 2015 werden wir regelmäßig vor Ort sein um Ansprechpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger für alle ihre Fragen und Anliegen zu sein.

Udo Riedel,

Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Bernburg

LINKE sammelt im Salzlandkreis Unterschriften gegen Freihandelsabkommen

Im Salzlandkreis fanden im Oktober die ersten Aktionen gegen die von EU-Kommission geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA statt.

Am 11. Oktober hatten tausende Menschen an über 3.500 Orten in ganz Deutschland zehntausende Unterschriften gegen die geplanten Abkommen gesammelt. Auch in Güsten folgten zahlreiche BürgerInnen dem Aufruf und unterschrieben am Aktionsstand der LINKEN. Hier konnten alleine innerhalb von zwei Stunden fast 100 Unterschriften gesammelt werden. Die Unterschriftensammlung wird in Saale-Wipper fortgesetzt.

Am Freitag, d. 24.10.14, starteten die Mitglieder des Ortsvorstandes in Bernburg ihre Aktion. Das Thema stieß auch hier auf eine hohe Resonanz. Es wurde reichlich diskutiert und innerhalb kürzester Zeit kamen ca. 70 Unterschriften interessierter BürgerInnen zusammen.

Während die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen TTIP und CETA verhandelt, wehren sich die BürgerInnen auf Europas Straßen gegen die Handelsabkommen. Mit den Unterschriften wollen sie dafür sorgen, dass die Demokratie nicht ausgehöhlt und die Macht der Kon-



Foto: privat

TTIP-Aktion in Güsten

zerne nicht weiter gestärkt wird.

Es geht bei den Freihandelsabkommen um die Unterhöhlung unserer hohen Verbraucher-schutzstandards durch z. B. Hormonfleisch, chlordesinfizierte Hähnchen, Gentechnik im Essen, Fracking. Die hart erkämpften europäischen Arbeits- u. Gewerkschaftsrechte können den Profitinteressen der Konzerne geopfert werden, denn die Konzerne haben die Möglichkeit, wie schon in den USA praktiziert, gegen solche „Handelshemmnisse“ Millionenklagen einzureichen. TTIP und CETA drohen außerdem den Handlungsspielraum der Politik massiv einzuschränken – auch in den Kommunen im Salzlandkreis. Ge-

meinden könnten Dinge der privatisierten Daseinsvorsorge, wie bspw. Schwimmbäder und Kliniken kaum mehr in öffentliche Hände zurückführen.

Während das Abkommen mit Kanada kurz vor dem Abschluss steht, verhandelt die EU-Kommission noch mit der US-Regierung über das TTIP. Die Details wurden bisher verschleiert, aber immer mehr Menschen fordern Aufklärung. Deshalb wurde eine selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative ins Leben gerufen, von der die Seite www.stop-ttip.org ins Internet gestellt wurde. Dort kann sich jeder informieren, und man hat die Möglichkeit mit seiner Unterschrift gegen diese Abkommen zu protestieren. Dadurch werden hoffentlich die verantwortlichen PolitikerInnen zum Umdenken gezwungen. Bisher waren dort 750.000 Unterschriften aus ganz Europa zu verzeichnen.

*Elke Rehmman,
stellv. Ortsvorsitzende in Bernburg
Ernst Hermann Brink,
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper*

Zur Mitgliederversammlung der LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt

Für die Rechte der ALG-II-Betroffenen muss weiter gekämpft werden, so könnte man die LAG-Mitgliederversammlung vom 04.10.14 überschreiben. Wir haben die Bilanz gezogen, dass sich in den fast 10 Jahren, die seit der ALG-II-Einführung vergangen sind, kaum Verbesserungen an diesem Hartz-IV-System haben durchsetzen lassen. Es hat zwar Reförmchen gegeben. Aber es waren dann doch eher Verschlimmbesserungen.

Die Montagsdemonstrationen und andere gute Bewegungen der letzten 10 Jahre haben leider nicht viel bewirken können und haben auch leider in der Beteiligung mehr und mehr nachgelassen. Aber dessen ungeachtet bleibt es ein wichtiges Ziel, sich für die Verbesserung der Rechte der Betroffenen und für die Überwindung

von Hartz-IV einzusetzen.

In diesem Zusammenhang haben wir die derzeit in Planung befindliche „Vereinfachung des Leistungsrechts im SGB II“ thematisiert. Auf Einberufung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz ASMK hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe SGB-II Änderungsvorschläge erarbeitet, von denen eine konsensfähige Auswahl zum 01.04.15 als Gesetz in Kraft treten soll. Dies wird eine weitere Verschlimmbesserung sein. Es wird ein paar kleine Verbesserungen geben, aber eben auch beachtenswerte Verschlechterungen. Wer dazu Details nachlesen möchte, dem empfehle ich den entsprechenden Beitrag auf der Internetseite www.heimstatt-esslingen.de. Aufgrund der nicht nachlassenden Aktualität der SGB-II-Ungerechtigkeiten sind wir

auch dafür, dass das Thema Hartz IV auf dem Landesparteitag am 25.10.14 im Leit-antrag Erwähnung findet.

Des Weiteren haben wir über öffentlichkeitswirksame Aktionen gesprochen, die zum 10-jährigen „Jubiläum“ des ALG II durchgeführt werden könnten. Z.B. könnten Neujahrsempfänge vor den Jobcentern stattfinden. Weitere Anregungen sind natürlich willkommen. Ein Ideenaustausch mit der LAG Hartz IV oder auch zwischen den Ortsverbänden untereinander könnte sicher fruchtbar sein.

*Marcel Neuhaus,
Mitglied der LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt*

BO-Versammlung in Bernburg-Talstadt

Die Basisorganisation Bernburg Talstadt führte am 2. Oktober eine Versammlung durch. Als Gast hatten wir hierzu den Genossen Friedrich Thiemann eingeladen. Er erläuterte uns den Unterschied der Geheimdienste in Ost und West und wie diese vor bzw. nach der Wende arbeiteten. Er sagte, dass auch in der DDR nicht alles Abgehörte protokolliert wurde. Hier gab es auch Gesetze, die so etwas verboten haben. Er brachte als Beispiel einen Auszug aus der Akte des Pfarrers Eppelmann, den man abhörte, weil dieser Mann Kontakte

zu Kirchen aus aller Welt hatte, was für die Stasi von besonderen Interesse war. Er erläuterte, dass westliche Spionagedienste heute noch Informationen in befreundete Länder liefern. In der regen Diskussion kamen wir zu der Meinung, dass diese Spionage, nach so langer Zeit endlich aufhören muss.

Auch zum Thema „Urechtstaat DDR“ gab es noch eine rege Diskussion mit unterschiedlichen Meinungen. Oftmals wurden die Gesetze der DDR gebrochen, womit Unrecht entstand. Dass die DDR deswe-

gen aber nur ein Unrechtsstaat war, diese Meinung teilten wir nicht. Es gab viele Menschen, die nicht in der Partei waren, hatten ihr Auskommen und konnten in Ruhe leben. Meiner Meinung nach konnte man in diesem System auch ohne großen Warenmarkt leben und es saß auch nicht jeder im „Knast“.

Die BO Talstadt möchte sich bei Friedrich Thiemann für diese sehr informative Versammlung bedanken.

*Angela Plättner,
BO Bernburg-Talstadt*

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
November
recht herzlich**

Zum 95. Geburtstag
Ruth Schneider

Zum 91. Geburtstag
Dora Lochmann

Zum 90. Geburtstag
Heinz Adam
Walter Apel

Zum 84. Geburtstag
Brigitte Fiedler

Zum 82. Geburtstag
Ingeborg Voß

Zum 81. Geburtstag
Ruth Weiß

Zum 80. Geburtstag
Karl Dietrich

Zum 65. Geburtstag
Barbara Magenheimer

Zum 61. Geburtstag
Angelika Flügel
Elvira Bartsch

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
November Geburtstag haben**



Adventsbasteln in Staßfurt

MdL Bianca Görke lädt am 25.11.2014
ab 17 Uhr zum gemeinsamen Ad-
ventsbasteln ins Wahlkreisbüro in der
Steinstraße. Interessenten melden sich
bitte unter 03925/3051088 an.

Die nächste Zusammenkunft der **BO-
Hecklingen** findet am 21.11.2014 um
17 Uhr in Schneidlingen statt.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
19.11.2014 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

**Ost und West - und ein geeintes
Deutschland?!**

Vortrag und Diskussion mit
Heinz Hillebrand,
Bereichsleiter in der Bundesgeschäfts-
stelle der LINKEN, am **25.11.2014 um
18 Uhr** in der Gaststätte Alte Molkerei
in Bernburg (Nienburger Straße 16).

Der Kreisvorstand

LINKE Staßfurt gegen TTIP

Die Staßfurter LINKE beteiligt sich am
18.11.2014 an der Kampagne „Stopp
TTIP“ und sammelt Unterschriften
gegen das Freihandelsabkommen. Los
geht es um 9:30 Uhr auf dem Benneck-
schen Hof.

Waffeln statt Waffen

MdL Bianca Görke lädt am 07.11.2014
im Rahmen von „Staßfurt in Flam-
men“ von 17:00 bis 18:30 Uhr vor dem
Wahlkreisbüro in der Steinstraße zur
Aktion „Waffeln statt Waffen“.

„Kaffee mit Links“

Am 12.11.2014 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins
Gespräch zu kommen.

Das nächste **Erwerbslosenfrühstück**
in Bernburg findet am **24.11.2014 ab
10 Uhr** im Bürgerbüro von MdL Birke
Bull und MdB Jan Korte statt.

Wahlkreistage von MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete wird am
20.11.2014 wieder im Salzlandkreis
unterwegs sein.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Die Fraktion tagt am 01.12.2014 und
15.12.2014 jeweils ab
18:00 Uhr öffentlich im
Fraktionsbüro Staßfurt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ
ist der 27. November 2014. Redaktions-
schluss war der 30. Oktober 2014.

Nachruf

In stillem Gedenken
Karl Schuster



BO Egelner Mulde
Kreisvorstand

Spende für DIE LINKE Zeitung

Die LINKE Zeitung ist auch zukünftig
auf Spenden der Leserinnen und Leser
angewiesen, deshalb möchten wir auch
dieses Jahr wieder um **finanzielle
Unterstützung für die Produktion
unser Kreiszeitung** bitten. Spenden
für die DLZ können wie gewohnt bei
den jährlichen Sammlungen getätigt
oder direkt auf das Konto des Kreisver-
bandes überwiesen werden:

**DIE LINKE Salzlandkreis
IBAN: DE08800555000370044231**

BIC: NOLADE21SES

Salzlandsparkasse

Wir danken für die Unterstützung.

Der Kreisvorstand

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen des Salz-
landkreises berichten und sucht deshalb
ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vor-
standswahl, öffentlichkeitswirksame
Aktion, Stellungnahmen oder Beiträge
von MandatsträgerInnen und Abgeord-
neten. Wir freuen uns über Beiträge aus
allen Bereichen. Interessenten nutzen
bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden